

Synopse aller Änderungen des Atomgesetz am 06.08.2011

Diese Gegenüberstellung vergleicht die jeweils alte Fassung (linke Spalte) mit der neuen Fassung (rechte Spalte) aller am 6. August 2011 durch Artikel 1 des 13. AtGÄndG geänderten Einzelnormen. Synopsen für andere Änderungstermine finden Sie in der Änderungshistorie des AtG.

Hervorhebungen: alter Text , neuer Text

Änderung verpasst? [Hier überwachen!](#)

a.F. (alte Fassung) in der vor dem 06.08.2011 geltenden Fassung	n.F. (neue Fassung) in der am 06.08.2011 geltenden Fassung durch Artikel 1 G. v. 31.07.2011 BGBl. I S. 1704
Gliederung	
(Anzeige unveränderter Textabschnitte u. U. gekürzt - Doppelklick für Vollansicht)	
Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften § 1 Zweckbestimmung des Gesetzes § 2 Begriffsbestimmungen § 2a Umweltverträglichkeitsprüfung § 2b Elektronische Kommunikation	
(Text alte Fassung)	(Text neue Fassung) <u>§ 23c Zuständigkeit der Bundesnetzagentur</u>
§ 24 Zuständigkeit der Landesbehörden § 24a Informationsübermittlung § 24b Selbstbewertung und internationale Prüfung Vierter Abschnitt Haftungs Vorschriften § 25 Haftung für Kernanlagen § 25a Haftung für Reaktorschiffe § 26 Haftung in anderen Fällen	
§ 7 Genehmigung von Anlagen	
(1) ¹ Wer eine ortsfeste Anlage zur Erzeugung oder zur Bearbeitung oder Verarbeitung oder zur Spaltung von Kernbrennstoffen oder zur Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe errichtet, betreibt oder sonst innehat oder die Anlage oder ihren Betrieb wesentlich verändert, bedarf der Genehmigung. ² Für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität und von Anlagen zur Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe werden keine Genehmigungen erteilt. ³ Dies gilt nicht für wesentliche Veränderungen von Anlagen oder ihres Betriebs.	
(1a) ¹ Die Berechtigung zum Leistungsbetrieb einer Anlage zur Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität erlischt, wenn die in Anlage 3 Spalte 2 und die in Anlage 3 Spalte 4 für die Anlage aufgeführte Elektrizitätsmenge oder die sich auf Grund von Übertragungen nach Absatz 1b für Elektrizitätsmengen nach Anlage 3 Spalte 2 und Anlage 3 Spalte 4 ergebende <u>zusätzliche</u> Elektrizitätsmenge erzeugt ist. ² Die Erzeugung der in Anlage 3 Spalte 2 und Anlage 3 Spalte 4 aufgeführten Elektrizitätsmengen ist durch ein Messgerät zu messen. ³ Das Messgerät nach Satz 2 muss zugelassen und geeicht sein. ⁴ Ein Messgerät, das nicht zugelassen und geeicht ist, darf nicht verwendet werden. ⁵ Wer ein Messgerät nach Satz 2 verwendet, muss das Messgerät unverzüglich so aufstellen und anschließen sowie so handhaben und warten, dass die Richtigkeit der Messung und die zuverlässige Ablesung der Anzeige gewährleistet sind. ⁶ Die Vorschriften des Eichgesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Eichordnung finden Anwendung. ⁷ Der Genehmigungsinhaber hat den bestimmungsgemäßen Zustand des geeichten Messgerätes in jedem Kalenderjahr durch eine Sachverständigenorganisation und die in jedem Kalenderjahr erzeugte Elektrizitätsmenge binnen eines Monats durch einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft überprüfen und bescheinigen zu lassen.	(1a) ¹ Die Berechtigung zum Leistungsbetrieb einer Anlage zur Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität erlischt, wenn die in Anlage 3 Spalte 2 für die Anlage aufgeführte Elektrizitätsmenge oder die sich auf Grund von Übertragungen nach Absatz 1b ergebende Elektrizitätsmenge erzeugt <u>ist, jedoch spätestens</u> <u>1. mit Ablauf des 6. August 2011 für die Kernkraftwerke Biblis A, Neckarwestheim 1, Biblis B, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser, Philippsburg 1 und Krümmel,</u> <u>2. mit Ablauf des 31. Dezember 2015 für das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld,</u> <u>3. mit Ablauf des 31. Dezember 2017 für das Kernkraftwerk Gundremmingen B,</u> <u>4. mit Ablauf des 31. Dezember 2019 für das Kernkraftwerk Philippsburg 2,</u> <u>5. mit Ablauf des 31. Dezember 2021 für die Kernkraftwerke Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf,</u> <u>6. mit Ablauf des 31. Dezember 2022 für die Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2.</u> ² Die Erzeugung der in Anlage 3 Spalte 2 aufgeführten Elektrizitätsmengen ist durch ein Messgerät zu messen. ³ Das Messgerät nach Satz 2 muss zugelassen und geeicht sein. ⁴ Ein Messgerät, das nicht zugelassen und geeicht ist, darf nicht verwendet werden. ⁵ Wer ein Messgerät nach Satz 2 verwendet, muss das Messgerät unverzüglich so aufstellen und anschließen sowie so handhaben und warten, dass die Richtigkeit der Messung und die zuverlässige Ablesung der Anzeige gewährleistet sind. ⁶ Die Vorschriften des Eichgesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Eichordnung finden Anwendung. ⁷ Der Genehmigungsinhaber hat den bestimmungsgemäßen Zustand des geeichten Messgerätes in jedem Kalenderjahr durch eine Sachverständigenorganisation und die in jedem Kalenderjahr erzeugte Elektrizitätsmenge binnen eines Monats durch einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft überprüfen und bescheinigen zu lassen.
(1b) ¹ Elektrizitätsmengen nach Anlage 3 Spalte 2 oder Anlage 3 Spalte 4 können ganz oder teilweise von einer Anlage auf eine andere Anlage übertragen werden, wenn die empfangende Anlage den kommerziellen Leistungsbetrieb später als die abgebende Anlage begonnen hat. ² Elektrizitätsmengen können abweichend von Satz 1 auch von einer Anlage übertragen werden, die den kommerziellen Leistungsbetrieb später begonnen hat, wenn das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie der Übertragung zugestimmt hat. ³ Die Zustimmung nach Satz 2 ist nicht erforderlich, wenn die abgebende Anlage den Leistungsbetrieb dauerhaft einstellt und ein Antrag nach Absatz 3 Satz 1 zur Stilllegung der Anlage gestellt worden ist.	(1b) ¹ Elektrizitätsmengen nach Anlage 3 Spalte 2 können ganz oder teilweise von einer Anlage auf eine andere Anlage übertragen werden, wenn die empfangende Anlage den kommerziellen Leistungsbetrieb später als die abgebende Anlage begonnen hat. ² Elektrizitätsmengen können abweichend von Satz 1 auch von einer Anlage übertragen werden, die den kommerziellen Leistungsbetrieb später begonnen hat, wenn das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie der Übertragung zugestimmt hat. ³ Die Zustimmung nach Satz 2 ist nicht erforderlich, wenn die abgebende Anlage den Leistungsbetrieb dauerhaft einstellt und ein Antrag nach Absatz 3 Satz 1 zur Stilllegung der Anlage gestellt worden ist. <u>4 Elektrizitätsmengen nach Anlage 3 Spalte 2 können von Anlagen nach Absatz 1a Satz 1 Nummer 1 bis 6 auch nach Erlöschen der Berechtigung zum Leistungsbetrieb nach den Sätzen 1 bis 3 übertragen werden.</u>
(1c) ¹ Der Genehmigungsinhaber hat der zuständigen Behörde	

1. monatlich die im Sinne des Absatzes 1a in Verbindung mit der Anlage 3 Spalte 2 oder Anlage 3 Spalte 4 im Vormonat erzeugten Elektrizitätsmengen mitzuteilen,	1. monatlich die im Sinne des Absatzes 1a in Verbindung mit der Anlage 3 Spalte 2 im Vormonat erzeugten Elektrizitätsmengen mitzuteilen,
2. die Ergebnisse der Überprüfungen und die Bescheinigungen nach Absatz 1a Satz 3 binnen eines Monats nach deren Vorliegen vorzulegen,	
3. die zwischen Anlagen vorgenommenen Übertragungen nach Absatz 1b binnen einer Woche nach Festlegung der Übertragung mitzuteilen.	
² Der Genehmigungsinhaber hat in der ersten monatlichen Mitteilung über die erzeugte Elektrizitätsmenge nach Satz 1 Nr. 1 eine Mitteilung über die seit dem 1. Januar 2000 bis zum letzten Tag des April 2002 erzeugte Elektrizitätsmenge zu übermitteln, die von einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft überprüft und bescheinigt worden ist. ³ Der Zeitraum der ersten monatlichen Mitteilung beginnt ab dem 1. Mai 2002. ⁴ Die übermittelten Informationen nach Satz 1 Nummer 1 bis 3 sowie die Angabe der jeweils noch verbleibenden Elektrizitätsmenge werden durch die zuständige Behörde im Bundesanzeiger bekannt gemacht; hierbei werden die erzeugten Elektrizitätsmengen im Sinne des Satzes 1 Nummer 1 getrennt für die jeweilige Menge nach Anlage 3 Spalte 2 und Anlage 3 Spalte 4 jährlich für ein Kalenderjahr im Bundesanzeiger bekannt gemacht, jedoch monatlich bei einer Elektrizitätsmenge aus Anlage 3 Spalte 2 oder Anlage 3 Spalte 4, die voraussichtlich für weniger als sechs Monate Elektrizitätserzeugung genügt.	² Der Genehmigungsinhaber hat in der ersten monatlichen Mitteilung über die erzeugte Elektrizitätsmenge nach Satz 1 Nr. 1 eine Mitteilung über die seit dem 1. Januar 2000 bis zum letzten Tag des April 2002 erzeugte Elektrizitätsmenge zu übermitteln, die von einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft überprüft und bescheinigt worden ist. ³ Der Zeitraum der ersten monatlichen Mitteilung beginnt ab dem 1. Mai 2002. ⁴ Die übermittelten Informationen nach Satz 1 Nummer 1 bis 3 sowie die Angabe der jeweils noch verbleibenden Elektrizitätsmenge werden durch die zuständige Behörde im Bundesanzeiger bekannt gemacht; hierbei werden die erzeugten Elektrizitätsmengen im Sinne des Satzes 1 Nummer 1 jährlich <u>zusammengerechnet</u> für ein Kalenderjahr im Bundesanzeiger bekannt gemacht, jedoch bei einer <u>voraussichtlichen Restlaufzeit von weniger als sechs Monaten monatlich</u> .
(1d) Für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich gelten Absatz 1a Satz 1, Absatz 1b Satz 1 bis 3 und Absatz 1c Satz 1 Nr. 3 mit der Maßgabe, dass die in Anlage 3 Spalte 2 aufgeführte Elektrizitätsmenge nur nach Übertragung auf die dort aufgeführten Kernkraftwerke in diesen produziert werden darf.	
(1e) Erzeugte Elektrizitätsmengen sind zunächst auf die Elektrizitätsmengen aus Anlage 3 Spalte 2 oder auf die sich auf Grund von Übertragungen nach Absatz 1b für Elektrizitätsmengen nach Anlage 3 Spalte 2 ergebenden Elektrizitätsmengen aus Anlage 3 Spalte 2 anzurechnen.	(1e) ¹ <u>Die zuständige Behörde kann zur Verhinderung von Gefahren oder Störungen der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems im Sinne des § 13 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 7. März 2011 (BGBl. I S. 338) geändert worden ist oder zur Verhinderung einer Gefährdung oder Störung der Energieversorgung für den lebenswichtigen Bedarf im Sinne des § 1 des Energiesicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3681), das zuletzt durch Artikel 164 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, bis zum 1. September 2011 bestimmen, dass eine der in Absatz 1a Satz 1 Nummer 1 genannten Anlagen, die im Hinblick auf Standort und elektrische Anbindung geeignet ist, bis zum Ablauf des 31. März 2013 in einem betriebsfähigen Zustand zur Erzeugung von Elektrizität zu halten ist (Reservebetrieb).</u> ² <u>Wird der Reservebetrieb nach Satz 1 angeordnet, lebt die Berechtigung zum Leistungsbetrieb als Berechtigung zum Reservebetrieb für diese Anlage wieder auf.</u> ³ <u>Absatz 1a Satz 2 bis 7, Absätze 1b bis 1d und Anlage 3 finden auf den Reservebetrieb keine Anwendung.</u>
(2) Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn	
1. keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers und der für die Errichtung, Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs der Anlage verantwortlichen Personen ergeben, und die für die Errichtung, Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs der Anlage verantwortlichen Personen die hierfür erforderliche Fachkunde besitzen,	
2. gewährleistet ist, daß die bei dem Betrieb der Anlage sonst tätigen Personen die notwendigen Kenntnisse über einen sicheren Betrieb der Anlage, die möglichen Gefahren und die anzuwendenden Schutzmaßnahmen besitzen,	
§ 23c (neu)	§ 23c <u>Zuständigkeit der Bundesnetzagentur</u>
	<u>Die Bundesnetzagentur ist für Entscheidungen nach § 7 Absatz 1e Satz 1 zuständig.</u>
Anlage 3 (zu § 7 Absatz 1a) Elektrizitätsmengen nach § 7 Absatz 1a	
Anlage Elektrizitätsmengen ab 1.1.2000 (TWh netto) Beginn des kommerziellen Leistungsbetriebs zusätzliche Elektrizitätsmengen (TWh netto) Obrigheim 8,70 1.4.1969 – Stade 23,18 19.5.1972 – Biblis A 62,00 26.2.1975 68,647 Neckarwestheim 1 57,35 1.12.1976 64,000 Biblis B 81,46 31.1.1977 70,663 Brunsbüttel 47,67 9.2.1977 44,038 Isar 1 78,35 21.3.1979 64,984 Unterweser 117,98 6.9.1979 79,404 Philippsburg 1 87,14 26.3.1980 65,826 Grafenrheinfeld 150,03 17.6.1982 136,647 Krümmel 158,22 28.3.1984 124,164 Gundremmingen B 160,92 19.7.1984 125,759 Philippsburg 2 198,61 18.4.1985 146,966 Grohnde 200,90 1.2.1985 150,442 Gundremmingen C 168,35 18.1.1985 126,938 Brokdorf 217,88 22.12.1986 146,347	Anlage Elektrizitätsmengen ab 1.1.2000 (TWh netto) Beginn des kommerziellen Leistungsbetriebs Obrigheim 8,70 1.4.1969 Stade 23,18 19.5.1972 Biblis A 62,00 26.2.1975 Neckarwestheim 1 57,35 1.12.1976 Biblis B 81,46 31.1.1977 Brunsbüttel 47,67 9.2.1977 Isar 1 78,35 21.3.1979 Unterweser 117,98 6.9.1979 Philippsburg 1 87,14 26.3.1980 Grafenrheinfeld 150,03 17.6.1982 Krümmel 158,22 28.3.1984 Gundremmingen B 160,92 19.7.1984 Philippsburg 2 198,61 18.4.1985 Grohnde 200,90 1.2.1985 Gundremmingen C 168,35 18.1.1985 Brokdorf 217,88 22.12.1986 Isar 2 231,21 9.4.1988

Isar 2 | 231,21 | 9.4.1988 | ~~144,704~~

Emsland | 230,07 | 20.6.1988 | ~~142,328~~

Neckarwestheim 2 | 236,04 | 15.4.1989 | ~~139,793~~

Summe | 2.516,06 | †

Mülheim-Kärlich *) | 107,25 | †

Gesamtsumme | 2.623,31 | ~~†1.804,278~~

*) Die für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich aufgeführte Elektrizitätsmenge von 107,25 TWh kann auf die Kernkraftwerke Emsland, Neckarwestheim 2, Isar 2, ~~Brokdorf~~, Gundremmingen B und C ~~sowie bis zu einer Elektrizitätsmenge von 21,45 TWh auf das Kernkraftwerk Biblis B~~ übertragen werden.

Emsland | 230,07 | 20.6.1988

Neckarwestheim 2 | 236,04 | 15.4.1989

Summe | 2.516,06 |

Mülheim-Kärlich *) | 107,25 |

Gesamtsumme | 2.623,31 |

*) Die für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich aufgeführte Elektrizitätsmenge von 107,25 TWh kann auf die Kernkraftwerke Emsland, Neckarwestheim 2, Isar 2, Brokdorf sowie Gundremmingen B und C übertragen werden.

Link zu dieser Seite: <https://www.buzer.de/gesetz/6234/v172688-2011-08-06.htm>